

Ein neuer Anfang: Die ersten Vorstöße der Sozialdemokratie gelungen!

Bilanz der ersten Reichstagsstagung

Wie die Volksvertretung arbeitete und was wir erzwangen / Von Paul Löbe

Vor dem Zusammenritt des am 6. November gewählten Reichstags hat die sozialdemokratische Fraktion zwei Richtlinien für ihre bevorstehende Arbeit aufgestellt:

1. Scharfe Ablehnung des Kabinetts Schleichers als einer schlecht verdeckten Fortsetzung der Regierung Papen.

2. Herstellung der Arbeitsfähigkeit des Parlaments, an deren Fortsetzung nur die Feinde der Volksrechte ein Interesse haben konnten.

Erfolg unserer Taktik

So wenig die ersten drei Sitzungstage des Reichstags einen enttäuglichen Schluß über die weitere Entwicklung gestatten, unsere Taktik hat doch zu einigen nicht unbedeutenden Erfolgen geführt, an deren Gelingen noch vor einer Woche die stärksten Zweifel bestanden.

Das Parlament ist arbeitsfähig geblieben — trotz der eingeschobenen Prügeleien zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, trotz verschiedener Raubausgaben, die zugelieferte Abgeordnete aus den Fraktionen heraufbeschworen haben.

Amnestie gegen Klassenurteile

Diese Arbeitsfähigkeit machte die rasche Erledigung einer Anzahl von Gesetzen möglich, von denen dem sozialdemokratischen Antrag über Gemährung von Straffreiheit die größte Bedeutung zufällt. Er wird einige Tage vor Weihnachten Tausenden von Opfern der politischen Kämpfe und der Wirtschaftsnöte die Kerker Tore öffnen, und unglückliche Genossen, die bis gestern noch hoffnungslos hinter den Gittern saßen, wissen heute, daß sie in einigen Tagen in den Kreis ihrer Angehörigen zurückkehren können. Was das bei den Schredensurteilen bedeutet, die in den letzten Monaten ergangen sind, das kann nur der ermessen, der sich einen Augenblick selbst in eine Gefängniszelle versetzt in den Bewußtsein, jahrelang, vielleicht ein Jahrzehnt, dort zubringen zu müssen. Als bei der Eröffnung des Juli-Reichstags der Gedanke der Amnestie auftauchte, erforderte ein Erfolg nicht ganz ausgeschlossen. Heute wird damit zum Ziele gelangt. Der Reichstag wird kaum einen Einwand erheben. Aber selbst dieser unwahrscheinliche Einpruch würde durch einen neuen Beschluß des Reichstags, der innerhalb drei Tagen herbeigeführt werden kann, beseitigt sein. Das dürfen wir als ersten wichtigen Erfolg unserer parlamentarischen Arbeit buchen: Tausende von Kameraden, die oft genug Opfer schimmiger Klassenurteile waren, kommen frei, mit ihnen alle, die die Not zu einer Verletzung der Befehle getrieben hat.

Gesessene Papen-Verordnung und Stellvertretungsgesetz

Nicht geringer anzuschlagen ist die Aufhebung jener Teile der September-Notverordnungen, welche das Tarifrecht der Arbeiter zerschlugen, neuem Lohndruck Tür und Tor öffneten und eine Ermächtigung zu weiterer Kürzung der Renten, wie zur Verminderung der Rechte der Versicherten aussprachen. Was unter Papen noch als unteilbarer Bestandteil seiner gesagten Arturverteilung auf Kosten der Arbeiter erschien, ist lang- und langlos unter den Tisch befördert worden.

Nicht ohne Bedeutung ist auch das Gesetz, das die Stellvertretung des Reichspräsidenten regelt. Wegen die Antragsteller die Nationalsozialisten, irgendwelche eigenmächtigen Ziele damit verfolgt haben — in seiner Wirkung bildet es einen gewissen Schutz gegen Antraganten, die auf Schleichwegen monarchistische Elemente in die Regierung des Reichs einschmuggeln wollen. Nicht als ob damit jede solche Gefahr abgemindert wäre, Wachsamkeit wird immer am Platze sein, aber die Hindernisse sind durch das Gesetz verstärkt. Es füllt eine Lücke der Verfassung aus, die sich erst durch die neuere Entwicklung herausgestellt hatte.

Unser Kampf gegen die Not

Wir unsern Antrag auf Winterhilfe will sich eine Rechtsmehrheit des Reichstags nicht erneut beschließen. Der Vorstoß der Sozialdemokratie war aber stark genug, die Regierung zu einer teilweisen Aufbesserung

zu bewegen, und unser Antrag ist die Grundlage der Beratungen, die im Haushalts- und Sozialpolitischen Ausschuss begonnen haben. Er wird nicht ganz ohne Erfolg bleiben, wenn wir auch wissen, daß das Ergebnis die Bedürftigen nicht voll befriedigen kann.

Wir fordern Umbau der Wirtschaft!

Soweit die positiven Ergebnisse der letzten drei Tage. Nicht beschäftigt hat sich der Reichstag mit der Arbeitsbeschaffung nicht mit dem Umbau der Wirtschaft selbst auf diesen Gebieten haben soll. Wenn es nicht geschah, dann nur, weil die nationalsozialistische Fraktion, von inneren Wirren zerrissen, mit ihren 196 Stimmen es verhindert. Weil sie den Reichstag verlagern half und damit allem ins Gesicht schlug, was sie an großartigen Rettungspänen für das deutsche Volk in der Schublade verbirgt. „Zuerst tun wir einmal gar nichts und gehen dann nach Hause“ — das war die Partei, die die Welt aus den Angeln heben wollte und die sich hier mit Jugenberg wie mit allen kapitalistischen Gruppen gegen die Linke zu-

ammenst. Was die nationalsozialistischen Wähler bisher in Oldenburg und Anhalt, Braunschweig und Mecklenburg erleben, daß ihre Herden nichts zu tun vermögen gegen Wirtschaftsnöte und Arbeitslosigkeit, das beginnt nun auch im Reichstag offenbar zu werden. Traurig für die betroffenen Opfer der Wirtschaftskrisen — nützlich für die Aufklärung der irreführenden Gläubigen!

Verhängnisvolle Taktik der Kommunisten

Die Sozialdemokratie brauchte in ihrer Arbeit nicht einen Finger breit von der Stellungnahme abzuweichen, die sie sich für ihr Verhalten gegenüber der neuen Regierung vorgenommen hatte. Daran ändern die tramsphatischen Verdrehsversuche der kommunistischen Presse nichts. Die Kommunisten haben mit den Sozialdemokraten für die Amnestie, mit den Sozialdemokraten für die teilweise Aufhebung der Notverordnungen, mit den Sozialdemokraten gegen die Verschleppung der Winterhilfe, mit den Sozialdemokraten für die Weiterleitung des Reichstags gestimmt. Die einzige Differenz bestand in ihrer Forderung, vor

allem anderen über die Mißtrauensvoten abzustimmen. Wäre das geschehen, dann wäre der Reichstag entweder aufgelöst oder die Regierung gestürzt worden. Es gäbe keine Amnestie, es gäbe keine Notverordnungen, es gäbe keine Spur von Winterhilfe. Die Sozialdemokratie hat die Interessen der Betroffenen gegen die totalitäre und verhängnisvolle Taktik der Kommunisten gewahrt.

Wir lassen nicht loder!

Unsere ersten Vorstöße sind gelungen. Sie können nur ein Anfang sein. Der nächste Kampf gilt der Arbeitsbeschaffung, gilt dem Umbau der Wirtschaft. Was nutzt die Befreiung der Opfer wirtschaftlicher Not aus den Gefängnissen, wenn draußen die gleiche Not ihrer wartet, die gleichen Gefahren ihnen drohen? Was bis jetzt geschah, war nur eine geringe Wiedergutmachung begangenen Unrechts. Die positive Arbeit für die Opfer der Wirtschaft steht noch aus. Die Sozialdemokratie wird nicht loder lassen, bis auch hier Erfolge erzielt sind.

Lüge und Volksbetrug enthüllt

Lehren der Straßer-Revolution in der NSDAP.

Was die enttäuschten und angewiderten Wähler seit dem 6. November bei den Wahlen begannen haben, legt sich mit motorischer Gewalt in der Hand der NSDAP fest. Der am Hitler und in den Braunen Häuten verkörperte Faust des kapitalistischen Fraktionsführers, des Reichspräsidenten, Kleinbürgers, Volkshärgers und Lumpenprofiteurs beginnt sich zu zerbrechen und auseinanderzulösen. Sie hatten bewußt oder unbewußt den Auftrag und das Geld bekommen, die Organisation der deutschen Arbeiterklasse, der Demokratie und der sozialistischen Arbeiterbewegung zu zerstören. Es ist ihnen nicht gelungen. Was sie zerlegen konnten, die bürgerlichen Parteien und ihre Organisationen, war ohnehin durch die kapitalistische Krise bis in die Grundfesten erschüttert und in sozialer Auflösung. Die Hitler-Partei sollte den Marxismus verdrängen. Jetzt erhebt dieser Antifaschismus und Sozialismus die Wahrheit und die Möglichkeit der marxistischen Lehre. Die Braunen Häute wollten „das System“ erschlagen, die Demokratie. Jetzt

ist es dieses System, an das sie sich klammern wie die Schiffbrüchigen an den Mast. Die Hetzen und Preschleichen der Diktator beten zur Demokratie, sprechen dreimal täglich an ihren Hitler und legen zum Wohl der Weimarer Verfassung, er möge sie erhalten und beschützen. Sie ist eine Partei unter den Parteien geworden, eine „Systempartei“. Der Traum vom Dritten Reich ist aus. Diese für Nazi-Öhren so brutale Wahrheit ergibt Konsequenzen, die anzuerkennen die Ursache des Straßes und Streites ist, der mit dramatischen Szenen im Hitler-Lager und zwischen dem Führerleite begonnen hat.

Es wäre ein Irrtum, bei diesen Auseinandersetzungen, Ablagen und „Beurteilungen“, Eidschwüren und gleichzeitigen Wortbrüchen zwischen links und rechts Nationalsozialisten zu unterschätzen. Straßer geht als der „Sozialist und Revolutionär“ in die Geschichte. Von ihm stammt das Wort von der „antikapitalistischen Sehnsucht“. Dieser Straßer mußte gehen, weil er keinen Frieden mit dem

Kapital, mit Schleicher und den seinen Danten schließen und in eine Sozialistenregierung einziehen wollte. Hitler setzt vor auf dem Weg zu Schleicher, bis ihn Göring, der Imperator, aus dem Zuge trossen ließ. Dieser Göring und Gegner von Straßer ist gleichzeitig Präsident des Reichstages und eiferstüchtiger Führer der Weimarer Verfassung. Linker Hand, rechter Hand, alles ist verkauft und wahr allein: daß „der Führer“ unringt und unumgibt ist, daß die in der Nazi-partei eingetragene Entwicklung nicht mehr aufhalten, zu beschleunigen oder abzulenken ist, trotz aller Demenstis, Schwärze und Beschönigungen.

Die Geschichte ist zugleich ein unerlöschliches Gedicht. Im Falle der Hitler-Partei konnte sie darauf arbeiten, weil ein solches Sammelkartum von Götzen und Volkshörern und sozialer Gegenüber beim ersten hartem Anstoß auseinanderliegen mußte. Der Stolz ist erlosch, die Wirkung fehlte. Jetzt gilt es für uns, die von der Hitler-Bewegung abströmenden Massen nicht in Desperanz und Resignation verfallen zu lassen.

Der Weg der Hitler-Partei

Von Straßer zu Ley — eine bezeichnende Wandlung!

Straßer ist die Treppe hinuntergeworfen worden. Statt dessen fiel ein anderer die Treppe herauf: Dr. Robert Ley. Hitler hat ihn zum „politischen Stabsleiter“ ernannt.

Es ist derselbe Kaufbold Ley, der in Köln mit einer Raji-Gruppe den sozialdemokratischen Führer Otto Weis und den Reichspräsidenten Braun überführt. Es ist derselbe Ley, der von der Raji-Partei aus Köln entfernt werden mußte und gegen den die Raji-Organisation die schwersten Beschuldigungen erhob. Durch Ley will Hitler, die Schlagkraft der Bewegung wiederherstellen. Er konnte keinen Bährigern und Obergeräten finden, als diesen Ley, der wegen des Liebesfalls auf Otto Weis zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Die „Kölnische Zeitung“ erinnert daran, daß dieser Ley auch als Richter ebenfalls inhaftiert ist, wie als Schläger, und sie zitiert seine Reden aus der Zeit, als die Raji-Gruppe mit Papen und den seinen Danten Diktator überführt hatten.

Von Straßer zu Ley — das ist der Weg der NSDAP!

368 — 368 — 368

Hitler nach Straßers Sturz

Ansprachen gibt Adolf Hitler höchstselbst folgende „Verfügung“ heraus:

1. Ich übernehme bis auf weiteres zum heutigen

Tage ob die Leitung der politischen Organisation selbst.

2. Ich ernenne zu meinem Stabsleiter für die politische Organisation den bisherigen Reichsminister II. Parteigenossen Ley.

3. Am Mittwoch, dem 14. Dezember 1932, gebe ich die neuen Richtlinien und Anordnungen entsprechend dem Aufruf vom 6. Dezember 1932 zur Herstellung einer erhöhten Schlagkraft der Bewegung bekannt.

Berlin, den 9. Dezember.

Adolf Hitler.

Das ist die Sprache des Imperators, die wir aus wilhelminischen Zeiten kennen. Und man kennt auch das Schicksal dieser wilhelminischen Zeit...

Empfang bei Hindenburg

Reichstagspräsidium stellt sich vor

Sonnabend mittag 12 Uhr fand der übliche Besuch des neuernannten Reichstagspräsidiums beim Reichspräsidenten von Hindenburg statt. Während die Vizepräsidenten Effer und Ede in dem Dienstaufzug des Reichstags mit Schwarzgoldener Fahne vorzuziehen, bediente sich Herr Göring seines Privatwagens, der von SS-Beuten gefahren und mit Hakenkreuzflaggen versehen war.

Der Reichspräsident wies in der kurzen Unter-

redung darauf hin, wie wünschenswert es sei, daß sich die Parteien des Reichstages zu sachlicher Arbeit bereitfinden und daß sie vor allem die Würde des Reichstages wahren, damit gemeinsam zum Besten des deutschen Volkes gearbeitet werden könne.

An der darauf folgenden Unterhaltung wurden politische Angelegenheiten nicht mehr berührt.

Schleicher im Rundfunk

Regierungsprogramm nach Methode Papen

Reichsminister von Schleicher wird in der nächsten Woche, wahrscheinlich am Donnerstag, sein Regierungsprogramm im Rundfunk vorzutragen. Er folgt damit der Methode des Herrn von Papen, der sein Programm ebenfalls nicht im Reichstag, sondern im Rundfunk vortrug. Es besteht allerdings ein Unterschied: Herr von Schleicher hat für diese Praxis die Hilferfordernde Duldung eines Reichstagsmehrheit erhalten. Die sozialdemokratische Fraktion hatte beantragt, daß Herr von Schleicher sein Programm dem Reichstag unterbreiten solle. Die bürgerlichen Parteien haben mit Hilfe der Nationalsozialisten diesen Antrag abgelehnt!

Der Reichstanger wird sich in seiner Rede auch mit dem Republiktag befaßen, das Ende dieses Jahres abläuft.

